

Fälle aus der Praxis der Unabhängigen Patientenberatung

Nebenwirkungen von Medikamenten: Keine Angst vorm Beipackzettel!

Wer von seinem Arzt ein Medikament verschrieben bekommt, wird als aufgeklärter Patient zunächst den Beipackzettel studieren. Dieser kann jedoch abschreckend wirken, reihen sich doch zumeist zahlreiche mögliche Nebenwirkungen aneinander. Immer mehr verunsicherte Patienten suchen daher Rat bei der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland (UPD), wie der folgende Fall belegt.

Die Ärztin von Sonja S. stellt bei ihr einen hohen Blutzuckerwert fest und verschreibt ihrer Patientin ein Medikament. Frau S. kommen nach dem Lesen der Packungsbeilage jedoch Bedenken, denn dort werden Nebenwirkungen wie Gelbsucht und schwere Stoffwechselstörungen aufgeführt – was tun?

Die Mitarbeiterin der UPD-Beratungsstelle Bremen, Martina Münzer, ordnet die Warnungen ein: „Die Hersteller von Medikamenten sind in Deutschland verpflichtet, alle Nebenwirkungen, auch wenn sie noch so selten sind, im Beipackzettel aufzulisten.“ Wichtig bei der Bewertung sei dabei die Häufigkeit der unerwünschten Wirkungen. Die Angabe „sehr häufig“ bedeutet zum Beispiel, dass die Beschwerden bei mehr als einem von zehn Patienten auftreten. Die Nebenwirkungen, die Frau S. verunsicherten, sind allerdings „sehr selten“. Das heißt, weniger als einer von 10 000 Behandelten ist davon betroffen.



Foto: Peter Maszlen/fotolia

Auf bekannte Nebenwirkungen von Medikamenten wird im Beipackzettel hingewiesen. Davon sollte man sich jedoch nicht sofort abschrecken lassen, zumal jeder Mensch anders auf bestimmte Wirkstoffe reagiert.

„Oftmals ist das Risiko für Komplikationen durch eine unbehandelte Erkrankung größer als das Risiko durch mögliche Nebenwirkungen“,

sagt Jane Schröder vom Arzneimittelberatungsdienst der Unabhängigen Patientenberatung. So steigt etwa bei einem langfristig hohen Blutzuckerwert die Gefahr, dass ein Herzinfarkt, ein Schlaganfall oder Probleme mit der Durchblutung auftreten.

Frau S. hat sich inzwischen für eine Therapie mit dem Medikament entschieden. In den ersten Tagen der Behandlung litt sie an leichter Übelkeit und an Appetitlosigkeit. Mittlerweile bemerkt sie indes keine unerwünschten Wirkungen mehr. Ihr Blutzuckerwert hat sich deutlich verbessert.

Info

Wenn Sie hinsichtlich möglicher Nebenwirkungen Ihres Medikamentes unsicher sind, sprechen Sie Ihren Arzt darauf an und scheuen Sie nicht davor zurück, Fragen zu stellen. Lassen Sie sich am besten die konkreten Vor- und Nachteile einer Therapie erläutern. Setzen Sie aber auf keinen Fall Ihre Medikation ohne ärztliche Rücksprache ab!

Im Zweifelsfall können Sie sich auch an die UPD wenden, die eine bundesweite Beratung anbietet. Die kostenfreie Rufnummer 0800/011 7722 ist von Montag bis Freitag zwischen 10 und 18 Uhr erreichbar.

Verursacher der Krise sollten stärker zur Verantwortung gezogen werden

SoVD Jugend kritisiert Auswirkung geplanter Kürzungsmaßnahmen

Wie nicht anders zu erwarten, müssen für das angekündigte Sparpaket der Bundesregierung die Schwächsten in unserer Gesellschaft den Herkulesanteil der Haushaltssanierung schultern. Dagegen wird den Verursachern der gegenwärtigen Krise nur ein Minimalbeitrag zur Schuldentilgung abverlangt.

Die Streichung des Beitrages zur Rentenversicherung für Empfänger von Arbeitslosengeld (ALG) II hätte weitreichende Folgen. Denn die Kosten für die Grundsicherung von Menschen mit niedriger Rente müssen von den Kommunen beglichen werden. Diese haben aber schon jetzt nur geringe finanzielle Mittel zur Verfügung. Was dies für die Ausstattung von Schulen, Jugendeinrichtungen und Kindergärten bedeutet, ist absehbar: Es wird an diesen für die Zukunft wichtigen Institutionen gespart werden. Dabei warten gerade hier entscheidende Aufgaben was die Umsetzung einer inklusiven Gesellschaft in Deutschland betrifft. Hierzu hat sich die Bundesregierung mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention jedoch verpflichtet.



Die Streichung des Elterngeldes für ALG-II-Empfänger wird zudem die bereits jetzt skandalös hohe Kinderarmut in Deutschland weiter verschärfen. Die Chancen für die Zukunft von Kindern aus sozial benachteiligten Familien werden weiter sinken.

Dass bei der Eingliederungshilfe für Langzeitarbeitslose gestrichen werden soll, bedeutet für viele Mitglieder der SoVD Jugend einen

erheblichen Rückschritt. Gerade junge Menschen mit Behinderung sind hiervon betroffen. Sie haben schon stark unter den Folgen der Wirtschaftskrise gelitten und würden durch diese Maßnahme doppelt bestraft. Erstes Ziel einer in die Zukunft gerichteten Arbeitsmarktpolitik muss die Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt sein. Einsparungen würden jungen Menschen mit Behinderung dagegen nachhaltig die Zukunft verbauen.

Die SoVD Jugend fordert, dass die Verantwortlichen der Finanzkrise zur Rechenschaft für ihre Verfehlungen gezogen werden. Die Lasten der Verschuldung müssen viel stärker von den Wohlhabenden in Deutschland getragen werden. Eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes und der Erbschaftssteuer wären erste Schritte in die richtige Richtung. Auch eine direkt dem Haushalt zukommende Finanztransaktionssteuer würde nach dem Verursacherprinzip Wirkung entfalten. Die schwachen Mitglieder der Gesellschaft sowie die kommenden Generationen würden so von den Grausamkeiten des Sparpaketes verschont bleiben.

Aufbruch-Veranstaltung

Vorankündigung: Am 11. September wird es in der Bundesgeschäftsstelle des SoVD wieder eine „Aufbruch-Veranstaltung“ geben. Inhaltlich soll es dabei um das Thema Behinderung und Sexualität gehen. Nähere Informationen werden noch bekannt gegeben.

Marlies Volkmer (SPD) kritisierte Untätigkeit

Zukünftige Finanzierung der UPD weiterhin ungeklärt

Am 31. Dezember dieses Jahres läuft die Modellphase der Unabhängigen Patientenberatung in Deutschland (UPD) aus. Über deren weitere Finanzierung hat der Bundestag noch nicht entschieden.

Ursprünglich sollte noch vor der Sommerpause über die künftige Finanzierung der UPD entschieden werden. Hierfür hatte sich auch der Patientenbeauftragte der Bundesregierung, Wolfgang Zöller, eingesetzt. Die stellvertretende gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Marlies Volkmer, hält dies jedoch für ausgeschlossen. Anlässlich einer Beratung des Gesundheitsausschusses des Bundestages wies sie darauf hin, dass bisher noch nicht einmal ein Eckpunktepapier vorliege. Dies, so Volkmer, sei ein schlechtes Signal für die Patientinnen und Patienten.

Bundesweites Service-Telefon auch für Hörbehinderte

Eine Nummer für alles: 115

Wo kann ich mein Auto anmelden? Bekomme ich Elterngeld? Wie melde ich ein Gewerbe an? Antworten auf diese und andere Fragen erhalten Bürger unter der Telefonnummer 115 – nun auch über das Gebärdentelefon.

Bundesweit gibt es heute geschätzt 20 000 Behörden. Durch einen Anruf bei der 115 entfällt die Recherche nach der jeweils zuständigen. Bundesweit gehen monatlich über 150 000 Anrufe bei den Servicecentern ein. Zu den am häufigst nachgefragten Themen gehören unter anderem Elterngeld, Reisepass, Führerschein, Schwerbehindertenausweis und KFZ-Zulassung.

Vor Kurzem startete das 115-Gebärdentelefon. Damit steht der 115-Service auch Menschen mit Hörbehinderung zur Verfügung. Der Zugang erfolgt über Videotelefonie. Der Nutzer benötigt dazu einen internetfähigen Computer oder ein Videotelefon. „Das 115-Gebärdentelefon ist ein beispielgebender Beitrag dazu, dass Menschen mit Behinderung selbstverständlich dazugehören“, so Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen. Das Projekt 115 befindet sich derzeit im Pilotbetrieb. Teilnehmende Kommunen sind auf www.d115.de aufgelistet. Die Bundesregierung beschloss kürzlich, die vollständige Angliederung der Bundesverwaltung an 115 bis Ende 2011. Damit stehen künftig unter der Servicenummer bürger- und unternehmensrelevante Themen aller Bundesbehörden zur Verfügung.



Foto: fotofrank/fotolia

Info

115 steht von Mo. bis Fr. von 8 bis 18 Uhr zur Verfügung. Kosten: 7 bis 14 Cent aus dem Festnetz, 17 Cent bis maximal 50 Cent aus dem Mobilfunk.

Das 115-Gebärdentelefon gibt Auskunft zu Leistungen der öffentlichen Verwaltung. Die auf dem Foto gezeigte Gebärde bedeutet „Glück“.

11

Juli

Weltbevölkerungstag

2,6 Menschen pro Sekunde Milliarden Menschen um, wird die Problematik rasch deutlich. Der jährliche Zuwachs entspricht der Bevölkerung Deutschlands – etwa 80 Millionen. Das heißt, pro Sekunde kommen 2,6 Erdenbürger hinzu; die meisten von ihnen in Entwicklungsländern. Der rasante Zuwachs wird auf www.dsw-online.de eindrücklich dargestellt. Wie an einer Tank-Zapfsäule sieht man die Zähler rasch nach oben gehen. Laut Berechnungen der UNO werden es 2050 bereits 9 Milliarden sein.

In welchen Umständen werden diese Menschen leben? Und was sind die Auswirkungen auf unseren Planeten? Darauf Antworten und vor allem Lösungen zu finden, ist wohl eine der größten Herausforderungen der Menschheit. *cm*